

"Atomlobbyist im Ministerium muss gehen"

VON JOACHIM WILLE

Die Opposition im Bundestag und Atomgegner fordern die Ablösung des neuen Leiters der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium, Gerald Hennenhöfer. Dies sei nun umso dringlicher, als offenbar auch Gesetzesvorschriften einer Amtsausübung des früheren Atomlobbyisten entgegenstünden, lautet ihr Argument.

SPD-Vizefraktionschef Ulrich Kelber hält die von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) vorgebrachten rechtlichen Einwände gegen Hennenhöfers Berufung für mit großer Wahrscheinlichkeit stichhaltig. "Sie müssen dringend juristisch geprüft werden", sagte er der FR. Die DUH hatte mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) argumentiert. Danach gebe es ein "Mitwirkungsverbot", das auf Hennenhöfer zutreffe. In einem Verwaltungsverfahren dürfe laut Gesetz "nicht tätig werden", wer "in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist".

Hennenhöfer, der bis 1998 bereits Chef der Atomaufsicht war, arbeitete danach für den Viag-Konzern. Er vertrat den AKW-Betreiber (heute Teil von Eon) auch gegenüber dem Bund. So verhandelte er den Atomkonsens mit der rot-grünen Bundesregierung.

Kelber sagte voraus, dass künftige Entscheidungen Hennenhöfers etwa zu Laufzeitverlängerungen älterer AKW wie Neckarwestheim 1 oder Biblis "von jedem betroffenen Bürger" mit guter Aussicht auf Erfolg beklagt werden könnten. Das gefährde die Planbarkeit der Energieversorgung. "Röttgens Entscheidung für den Atomlobbyisten wird sich noch rächen", so der SPD-Politiker.

Röttgen hält an Hennenhöfer fest. Dieser verfüge über "herausragende fachliche Kompetenz" und sei "strikt sicherheitsorientiert", so das Ministerium zur FR. In seiner Antwort an die DUH schreibt es, der Spitzenbeamte sei "nicht generell" für seinen Aufgabenbereich befangen, räumt aber ein, er könne es in "bestimmten Lebenssachverhalten" sein.

Die Grünen-Umweltpolitikerin Bärbel Höhn nahm darauf Bezug. "Das Ministerium gibt zu, dass Ex-Atomlobbyist Hennenhöfer ein Befangenheitsproblem hat, jedenfalls in einzelnen Fällen", sagte sie der FR. Er sei damit als Leiter der Atomaufsicht fehl am Platz. "Dass Minister Röttgen trotz aller Widerstände und rechtlicher Bedenken an ihm festhält, lässt tief blicken." Diese Personalentscheidung habe Röttgens Öko-Image tiefe Schrammen zugefügt,

Die Anti-Atom-Organisation "ausgestrahlt" hat nach eigenen Angaben per Internet bereits die Stimmen von über 10000 Bürgern gesammelt, die Röttgen auffordern, Hennenhöfer abzulösen. Sie kritisierte, er sei als Chef der Atomaufsicht "die Interessenskollision in Person" .

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 22.12.2009 um 16:22:02 Uhr

Letzte Änderung am 22.12.2009 um 16:43:33 Uhr

Erscheinungsdatum 23.12.2009 | Ausgabe: d